

MEINUNG

**John Schneider**  
Der AZ-Redakteur über Ministerin Haderthauer und den Hungerstreik.  
john.schneider@abendzeitung.de



Armutszeugnis

Sie setzen ihr Leben aufs Spiel, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. 55 Flüchtlinge sind auf dem Rindermarkt in den Hungerstreik getreten. Sie wollen mit ihrer verzweifelten Aktion erreichen, dass ihnen die Behörden endlich den Aufenthalt in Deutschland dauerhaft erlauben. Statt sie auf unabsehbare Zeit perspektivlos und unter katastrophalen Bedingungen in Wohnheimen zu stecken, die sie als Lager empfinden. Immer mit der Angst, dass am nächsten Morgen die Abschiebung droht.

Und was fällt Bayerns Sozialministerin dazu ein? „Hierzulande ist Politik nicht erpressbar, wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann.“ Damit ist sich Christine Haderthauer des Beifalls der Stammtische gewiss. Nichts anderes war wohl auch ihr

Kalkül mit Blick auf die Landtagswahlen. Flüchtlinge dürfen schließlich nicht wählen. Für eine Ministerin, die das Soziale in ihrer Jobbeschreibung ernst nimmt, bleibt es ein Armutszeugnis.

Die Angriffe der Opposition auf die „unmenschliche Haltung“ der Staatsregierung wehrt sie lässig mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundesamtes für Flüchtlinge ab. Dass die besonders schlimmen bayerischen Lager-Zustände auch in ihre Zuständigkeit fallen, verschweigt die Ministerin.

Der Hungerstreik ist am Ende wohl weniger Erpressung als vielmehr Resultat des moralischen Versagens der bayerischen Flüchtlingspolitik. Noch aber ist Zeit zur Umkehr. *Bericht Seite 11*

POLITIK kompakt

Keine Merkel-Märchenstunde

**BERLIN** Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, ist mit einem polemischen Titel für eine Aktuelle Stunde durchgefallen. Unter dem Motto „Dr. Merkels Märchenstunde“ wollte er diskutieren. Bundestagspräsident Norbert Lammert war das aber „zu wertend“. Jetzt heißt die Fragestunde ganz nüchtern: „Wahlversprechen von CDU/CSU – Mögliche Risiken auf die Haushalte von Bund und Ländern“.

Renten-Beitrag soll weiter sinken

**BERLIN** Bei der Rentenversicherung zeichnet sich Anfang 2014 die dritte Beitragsermäßigung in Folge ab. Die Rentenkassen sind wegen der guten Beschäftigungslage nämlich gut gefüllt. Spekuliert wird bereits über eine Senkung von derzeit 18,9 auf 18,7 Prozent. Ob das aber tatsächlich so kommt, steht erst im Herbst fest.

Albaniens Regierungschef gibt auf

**TIRANA** Nach seiner klaren Niederlage bei den Parlamentswahlen in Albanien ist Regierungschef Sali Berisha zurückgetreten. Er übernehme für das schlechte Abschneiden seines rechtskonservativen Parteienbündnisses die Verantwortung, sagte Berisha – und will auch vom Vorsitz der Demokratischen Partei zurücktreten.

Unruhen in Ägypten

**KAIRO** Vor einer Rede von Präsident Mohammed Mursi ist es in Ägypten erneut zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des islamistischen Staatsoberhauptes gekommen. In der Stadt Al-Mansura starb am Mittwoch ein Zivilist, 237 Menschen wurden verletzt. Am Sonntag jährt sich Mursis Amtsantritt.

Abendzeitung IMPRESSUM

Geegründet von Werner Friedmann  
Herausgeber: Anneliese Friedmann, Dr. Johannes Friedmann  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Schmitt  
Chefredakteur: Arno Makowsky  
Stellvertretender Chefredakteur: Georg Thauscheidt  
Postzustellung 24,90 EUR; jeweils einsech. 7 % MwSt. Detaillierte Informationen unter www.az-muenchen.de/abo.  
Abo-Service: Tel: 089/23 77-111 Fax: 089/23 77-276 E-Mail: abo@service-abendzeitung.de  
Vertrieb: Fax: 089/23 77-274 E-Mail: vertrieb@az-muenchen.de  
Druck: Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Str. 7, 82216 Maisach-Germilinden. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder wegen vom Verlag unverschuldeter Arbeitskampfmassnahmen besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.  
Anschrift Verlag und Redaktion: Verlag DIE ABENDZEITUNG GmbH & Co KG Rundfunkplatz 4, 80335 München chefredaktion@az-muenchen.de Telefon 089/23 77-0  
Anzeigen: Fax: 089/23 77-208 E-Mail: anzeigendispo@az-muenchen.de  
Redaktion: Fax: 089/23 77-729 E-Mail: redaktion@az-muenchen.de  
Monatlicher Abonnements-Bezugspreis bei Trägerzustellung 23,90 EUR, bei Altpapieranteil bis zu 90 %



Mit einer Vuvuzela demonstriert dieser Brasilianer am Rande des Confed Cup. Viele finden: Das Geld ist in Infrastruktur besser aufgehoben als in neuen Fußball-Stadien. Foto: dpa

„Wir sind es leid“

50 000 Brasilianer demonstrieren gestern während des Confed-Cup-Spiels. Sie kämpfen gegen korrupte Politiker, Zwei-Klassen-Justiz und ein Leben in Chaos und Müll. Ein Blick ins Land

**BRASILIA** „Kennen Sie die Arbeitswoche von brasilianischen Parlamentsabgeordneten? Sie beginnt am Dienstag nach dem Mittagessen und geht bis Mittwoch, früher Nachmittag“, schreibt die renommierte Zeitung „Folha de São Paulo“. „Wir sind es leid. Von unserer verdorbenen Politikerkaste lassen wir uns nicht weiter für dumm verkaufen.“ Das steht zusammengefasst als Grundgefühl hinter den Sozialprotesten der letzten vierzehn Tage. Auch gestern gingen die Menschen auf die Straße: Während des Halbfinal-Spiels des Confederations Cups haben in der Stadt Belo Horizonte mindestens 50 000 Menschen demonstriert.

„Wenn ich in São Paulo morgens die Zeitung lese, möchte ich sie am liebsten wegwerfen oder verbrennen“, sagt João Lucas Hilfert (20), BWL-Stu-

dent an der Münchner TU. Stimmenkauf im Parlament, Privatunternehmen, die Wahlkampagnen finanzieren, maflagelante Vergabe für den Bau von Straßen, Flughäfen, Staudämmen und Stadien – Korruption ist allgegenwärtig. Neu ist, dass die Hälfte der Brasilianer zur Mittelschicht gehört. In den letzten 20 Jahren sind Tausende zum Studium in die USA, nach Italien oder Deutschland gegangen. Nun meldet die „classe media“ ihre berechtigten Ansprüche an. Bei einem Steuersatz so hoch wie in Skandinavien. Brasiliens Millionenstädte sind zu urbanen Katastrophen verkommen: Auf den Straßen liegt Müll. Über tiefe Schlaglöcher rumpeln veraltete Omnibusse, bei 38 Grad Hitze, ohne Klimaanlage. Mit darin eingequetschten Fahrgästen bleiben sie immer wieder in Staus

stecken. Fahrpläne gibt es nicht: „Wer Pech hat, wartet eine Stunde. Oft bin ich 40 Minuten zu spät zur Uni gekommen“, erzählt Carolina Goetz (23), die in Rio Ingenieurwissenschaften studiert hat. Dieser unterirdisch schlechte Service kostet circa einen Euro pro Fahrt – jedes Umsteigen kostet extra. Millionen Brasilianer können sich diesen Luxus nicht leisten. Schuhputzer, Hausangestellte oder Fabrikarbeiter verzichten für eine Busfahrt auf eine Mahlzeit, gehen kilometerweit zur Arbeit oder übernachten nach

der Arbeit auf der Straße. Grundschul-Klassen haben öfter 47 Schüler, in den sechsten und siebten Klassen sitzen teilweise über 60 Kinder. Es regnet durchs Dach. Dazu gilt die Maßgabe: Kein Schüler darf sitzenbleiben, jeder wird durchgeschleust, damit Plätze für neue Kinder frei werden. Und die Lehrer? Sie verdienen nur 300 Euro im Monat und müssen deswegen in zwei, drei Schulen unterrichten. „Wer ist Julio? Wer Paulo?“, die Namen der Schüler kennen sie so kaum.

Dabei ist der bessere Zu-

gang zu Bildung seit elf Jahren im Fokus der regierenden linken Arbeiterpartei. Präsidentin Dilma Rousseff kam nur noch nicht dazu, 50 Jahre lang Versäumtes aufzuarbeiten. „Es lag jahrzehntelang im Interesse der Regierenden, dass die Masse unwissend und manipulierbar bleibt“, sagt Carolina Goetz. Kein Geheimnis im zukünftigen WM-Land: Als Beitrag zum sozialen Frieden wurde der Zuckerrohrschnaps im Supermarktregal immer schon subventioniert.

Die Unzufriedenen werfen rote Nelken, aber auch Steine: Allen ist klar, dass die Probleme Brasiliens schwer zu lösen sind. Ein Thema, das starke Wut auslöst: In Brasilien war noch nie jeder Bürger vor dem Gesetz gleich. Wer Geld hat, hat gute Anwälte – trifft auf parteiische Richter. Ein klassisches Beispiel: Der Sohn eines bekannten Schauspielers, der betrunken einen Menschen totfährt, kommt ohne Strafe davon – bislang ist das die Regel.

Eva von Steinburg

VOLK SOLL ABSTIMMEN

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff ist mit ihrem Vorstoß gescheitert, wegen der Massenproteste im Lande eine verfassungsändernde Versammlung einberufen zu lassen. Stattdessen sollen dem Volk jetzt mehrere Einzelfragen zu politischen Refor-

men zur Abstimmung vorgelegt werden. Unterdessen hat Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine für Sonntag geplante fünftägige Brasilien-Reise abgesagt. Die Gesprächspartner seien mit der Krisenbewältigung beschäftigt.

Putin in der Zwickmühle

Soll er Snowden ausliefern? Der droht für den Fall der Fälle mit neuen Enthüllungen

**MOSKAU** Im diplomatischen Gezerre um den Geheimnisverräter Edward Snowden hat Russlands Präsident Wladimir Putin ein seltsames Sprichwort bemüht: „Das ist wie die Schur eines Ferkels: viel Quieken, aber wenig Wolle.“ Heißt: Für ihn selbst ist nicht viel zu holen.

Im Gegenteil: Putin steckt in einer Zwickmühle. Einerseits dürfte es den kraftmeisenden Kreml mit heimlicher Genugtuung erfüllen, dass ein ehemaliger US-Geheimdienstmitarbeiter sich aus Angst vor den USA ausgerechnet auf einen russischen Flughafen flüchtet. Andererseits braucht Russlands marode Wirtschaft dringend die Milliardeninvestitionen des Westens. Und über der Syrien-Frage ist Putin mit Barack Obama schon zerstritten.

Die Moskauer Zeitung „Kommersant“ berichtet, im Hintergrund laufen längst Verhandlungen zwischen dem FBI und



„Viel Quieken, wenig Wolle.“ Putin über Snowden. Foto: dpa

dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB, wie mit Snowden zu verfahren sei. In der Vergangenheit haben beide Mächte einander schon öfter Agenten ausgeliefert. In den USA ist derzeit der russische Waffenbaron Viktor Bout (Spitzname: der Händler des Todes) in Haft, weil er die kolumbianische FARC-Guerilla mit Waffen beliefert haben soll. Dessen Auslieferung fordert Moskau seit langem. So ist Edward Snowden längst in die Mühlen der Welt-politik geraten. Doch er hat of-

fenbar eine Lebensversicherung: „Guardian“-Reporter Glenn Greenwald, mit dem Snowden sich in Hongkong getroffen hatte, berichtete, er habe ihm und anderen Journalisten noch tausende Dokumente übergeben. Diese seien alle verschlüsselt – „aber er sagte, er hat dafür gesorgt, dass wir die Entschlüsselungs-Codes bekommen, sollte ihm etwas passieren oder er verhaftet werden“, sagte Greenwald. Im bisher einzigen Video-Interview, das es mit Snowden gibt, sagte er: „Die US-Regierung kann das nicht mehr vertuschen. Die Wahrheit kann nicht mehr aufgehalten werden.“

Und nicht nur zwischen den USA und Russland bahnt sich eine diplomatische Krise an, auch zwischen Deutschland und Großbritannien: Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatte ihrem britischen Kollegen einen Fragenkatalog geschickt, warum, wo und in welchem Umfang der britische Geheimdienst die Daten deutscher Internetnutzer kopiert. Die barsche Antwort: „Wir nehmen keine Stellung.“ 20



Als Staatenloser gestrandet: Tom Hanks alias Viktor Navorski im Steven-Spielberg-Film „Terminal“. Foto: Cinetext

Snowdens Leben am Flughafen

Ein Mann hängt ohne gültigen Pass am Flughafen fest – die Story kommt Ihnen bekannt vor? Stimmt, sie wurde mit Tom Hanks verfilmt. In „Terminal“ verkörpert er den aus dem fiktiven Land „Krakosien“ stammenden Viktor Navorski, der wegen eines kurzfristig daheim ausgebrochenen Bürgerkriegs plötzlich keine Staatsangehörigkeit mehr hat und es sich am Flughafen New York JFK gemütlich macht. Der Film beruht auf der wahren Geschichte des Iraners Mehran Karimi Nasseri, der 18 Jahre lang am Flughafen Paris lebte.

Nicht ganz so lange, erst seit Sonntag, muss Edward Snowden jetzt im Transitbereich des Flughafens Scheremetjowo ausharren. Doch auch hier kann man's aushalten: Die modernen Terminals D, E und F verfügen über diverse amerikanische Imbisse, darunter Burger King, TGI Friday's und Costa. Auch russische Küche gibt's, zum Beispiel bei Shokoladnitsa. Gegen Kopfweh hat die Apotheke von Doktor Stoletow die passenden Mittel. Im Transitbereich bietet sogar ein Psychologe seine Dienste an, gegen Flug- und sonstige Ängste.